

**2272/A(E) XXVII. GP**

---

**Eingebracht am 23.02.2022**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

**der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen**

**betreffend Wirtschafts- und Finanzbildung in Schulen - Pädagog\_innenaus- und Fortbildung entsprechend ergänzen**

Am 23. September 2021 präsentierte der ehem. Finanzminister Blümel gemeinsam mit Nicola Brandt, Leiterin des OECD Berlin Centre, die nationale Finanzbildungsstrategie "Mein Geld, mein Leben, meine Entscheidung - ich bin mir sicher", die auf insg. vier Säulen ruht: i) die frühzeitige Entwicklung von Grundlagen, um solide finanzielle Entscheidungen treffen zu können und eine Überschuldung zu verhindern, ii) die Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für ein langfristiges finanzielles Wohlergehen, iii) die Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger und iv) die Steigerung der Effektivität von Initiativen zur Förderung der Finanzkompetenz durch Dialog, Koordinierung und Evaluierung.<sup>1</sup>

Der erste Punkt zielt v.a. auf die Verankerung von Wirtschafts- und Finanzbildung als fächerübergreifendes Thema in Österreichs Schulen ab und dieser Schritt ist auch dringend notwendig, wie zahlreiche Studien bestätigen. Laut eines Policy Papers der Julius Raab Stiftung wissen knapp 50% der Österreicher\_innen nicht, was Zinsen sind. Nur 8% der Befragten einer Studie der Wiener Börse von 2017 fühlen sich bei Wirtschafts- und Finanzthemen sattelfest und 77% der Befragten meinen auch, dass Finanzwissen in Österreichs Schulen zu wenig vermittelt wird.<sup>2</sup> Im Jahr 2019 erhielten außerdem 60.469 Personen Unterstützung von einer der 10 staatlich anerkannten Schuldenberatungen in Österreich. Der dritthäufigste Grund für Überschuldung ist das fehlende Wissen im Umgang mit Geld. Knapp 25% der Klient\_innen sind höchstens dreißig Jahre alt - bei den Klient\_innen bis 30 Jahre ist der Anteil mit geringer Ausbildung besonders hoch: die Hälfte hat lediglich einen Pflichtschulabschluss. Die geplante Finanzbildungsstrategie ist daher dringend notwendig, um junge Menschen von Beginn an zu mündigen und handlungsfähigen Bürger\_innen zu erziehen, die umsichtige und informierte finanzielle Entscheidungen im täglichen Leben treffen können.

Damit das gelingt, müssen natürlich auch die Pädagog\_innen in diesem Themenfeld entsprechend geschult werden. Der Bildungsminister ist hier gefragt, mit den Pädagogischen Hochschulen entsprechende Module sowohl in den Curricula der betreffenden Lehramtsstudien (Volksschule, Mathematik, Geographie & Wirtschaftskunde etc.), als auch in der Pädagog\_innen-Fort- und Weiterbildung zu

vereinbaren. Diese qualitativ hochwertigen Fort- und Weiterbildungsangebote müssen für jene Pädagog\_innen verpflichtend sein, die Wirtschafts- und Finanzbildung fortan unterrichten werden. Das Know-how bestehender, themenverwandter Initiativen soll dabei unbedingt genutzt werden.

<sup>1</sup> <https://www.bmf.gv.at/presse/pressemeldungen/2021/september/finanzbildungsstrategie.html>

<sup>2</sup> <https://www.juliusraabstiftung.at/publikationen/wirtschafts-und-finanzkompetenz-fuer-ein-selbstbestimmtes-leben/>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, im Rahmen der nationalen Finanzbildungsstrategie und der geplanten stärkeren Verankerung von Wirtschafts- und Finanzbildung in den neuen Lehrplänen sicherzustellen, dass dies sowohl in den Curricula der betreffenden Lehramtsstudien als auch in den Fort- und Weiterbildungsangeboten dementsprechend adaptiert und abgebildet wird. Um sicherzustellen, dass auch bereits fertig ausgebildete Pädagog\_innen über notwendige Wirtschafts- und Finanzbildungskompetenzen verfügen, müssen die Fort- und Weiterbildungsangebote für jene Pädagog\_innen verpflichtend sein, die ab dem Schuljahr 2023/24 Wirtschafts- und Finanzbildung in den jeweiligen Fächern unterrichten werden."

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.*